

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, U. 16, Holbeinstr. 46

Telefon 21368 Postfachkonto Leipzig Nr. 14793

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Ausgabe A mit Austr. Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.80 M. — Ausgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Die Sächsische Volkszeitung ist im Verlagsvertrieb L. M. Schmidt-Verlag in Dresden. — Die Sächsische Volkszeitung ist im Verlagsvertrieb L. M. Schmidt-Verlag in Dresden. — Die Sächsische Volkszeitung ist im Verlagsvertrieb L. M. Schmidt-Verlag in Dresden.

Akkord-Arbeit

Die Notwendigkeit der Stunde in eine Formel gebracht, ist die: Die Arbeit muß wieder ihres Lohnes wert werden.

Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß eine sozialdemokratische Arbeiterregierung es ist, welche sich genötigt sieht, solche Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsleistung zu ergreifen, welche einen Arbeitszwang in ihrer Wirkung gleichkommen. Das Wort Arbeitszwang hat einen gewissen Klang. Dies nicht allein im sozialdemokratischen Lager, in dem jede Beeinträchtigung des Arbeitswillens vorrevolutionärer Zeiten als das schlimmste Verbrechen gegen die persönliche Selbstbestimmung des Arbeitnehmers angesehen wurde, auch in anderen Kreisen hat man sich nie mit dem Arbeitszwang befreunden können. Dessen Unwirtschaftlichkeit lag viel zu offen zu Tage, als daß man geneigt gewesen wäre, die im allgemeinen recht gering zu veranschlagenden Vorteile gegenüber den offensichtlichen Nachteilen in Kauf zu nehmen. Man soll in diesem Augenblick der Sozialdemokratie durch den Vorhalt ihrer früheren Auffassungen in diesen Dingen keine Schwermüdigkeiten bereiten. Der jetzige wirtschaftliche Notstand ist so groß und so allgemein, daß er uns alle angeht und daß wir es daher alle begründen müssen, wenn aus dieser Lage so oder so die Konsequenzen gezogen werden. Man muß es daher mit Genugtuung begrüßen, daß gerade von sozialdemokratischer Seite in den letzten Tagen mit wachsender Entschiedenheit auf die Notwendigkeit der Ergründung von Maßnahmen hingewiesen wird, die uns aus der jetzigen immer mehr und offener der Katastrophe zu treibenden Situation herausführen. Die führenden sozialdemokratischen Blätter, an der Spitze der „Vorwärts“, sind es gewesen, welche die Wiedereinführung der Akkordarbeit fordern. Der „Vorwärts“ möchte damit eine Art Prämienystem verknüpfen, so zwar daß derjenige Arbeiter, welcher über die Akkord-Aufgabe hinaus eine erhöhte Arbeitsleistung vollbringt, einen besonderen Zuschuß in Geld erhalten soll.

Das System der Akkordarbeit ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß die tatsächlich vollbrachte Arbeitsleistung ihre entsprechende Vergütung finden soll. Dieses System ermöglicht dem tüchtigen Arbeiter einen wesentlichen Vorrang gegenüber dem unthätigen. Es ist nicht zu bestreiten, daß bei diesem System früher nicht selten Mißstände obgewaltet haben, die teilweise zu einer verhältnismäßig hohen Ausnutzung der Arbeitskräfte des Arbeiters geführt haben. Tüchtigem Mangel läßt sich aber mit Leichtigkeit begegnen. Die leitende Richtlinie muß tatsächlich die sein, daß die Arbeit in dem ihrer Bedeutung zukommenden Ausmaße richtig gewertet wird. Es ist selbstverständlich, daß es die Arbeitsleistung des tüchtigen Arbeiters nicht anreizen kann, wenn er Tag für Tag sieht, wie sich das Nichtstun gerade so gut, teilweise noch besser rentiert, als eine angestrenzte, verantwortungsvolle Tätigkeit. Der sittliche Wert des ganzen Systems besteht doch darin, daß man seine Existenzmittel in ehrlichen Schaffen erarbeitet hat.

Die Arbeit in Akkord ist tatsächlich unter den obwaltenden Umständen ein Rettung verheißender Ausweg in dem Umstand, daß nur die wirklich geleistete Arbeit entlohnt, die bessere und höhere Leistung entsprechend besser und höher gewertet und damit jeder Arbeitende zur Erzielung einer bestimmten Existenzgewinnung angehalten wird, und in der mit alle dem unlosbar verknüpften Notwendigkeit der völligen Verdrängung des bisherigen Systems der Arbeitslohn-Unterstützung liegt schon ein gewisser Arbeitszwang begründet.

Alle Bemühungen, die nach der Richtung einer erhöhten Arbeitsleistung zum Wohle der Allgemeinheit zielen, müssen wir unterstützen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen. Wenn gerade diejenigen politischen und wirtschaftlichen Kreise, die bisher diesem System nicht zuletzt aus parteipolitischen Gründen abhold waren, nunmehr in Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Stunde sich auch gegen den nicht geringen Widerstand in ihren eigenen Reihen sich dafür einzusetzen den Mut haben, so muß man das umso mehr anerkennen.

Die Reichseinkommensteuer

Gar mancher Steuerzahler wird wenig davon erboten sein, daß nunmehr eine Reichseinkommensteuer durchgeführt und die Steuerjahre für alle Orte Deutschlands gleichgestellt werden sollen. Denn, um das gleich vorwegzunehmen, bei einer Reichseinkommensteuer ist es mit den schönen Tagen der Steuerermäßigung in einzelnen Gemeinden vorbei. Nach dem bisherigen Recht war eine große Un-

gleichheit in der Belastung durch die erste und wichtigste aller Steuern gegeben. Schon die Einzelstaaten wiesen in ihrer Steuererhebung zahlreiche Unterschiede auf hinsichtlich der Tarife, des Existenzminimums usw. Am schlimmsten aber war es mit den Gemeindezuschlägen bestellt. Ursprünglich in Preußen als Behelfsmittel für die Gemeinden, neben den anderen Steuern gedacht, sind manche Gemeinden dazu übergegangen und haben das Frei- und Mehrfache der Staatsforderung an Einkommensteuer auferlegt. In anderen Gemeinden aber blieben die Sätze vor dem Kriege und zum Teil auch noch während des Krieges bedeutend niedriger; ja es gab in Preußen einzelne Gemeinden, die überhaupt keinen Zuschlag zu ihrer Einkommensteuer erhoben.

Diese Möglichkeit von Unterschieden in den Einkommensteuern hat zur Ausbildung der bekannten Rentnerstände geführt, in denen Millionäre und auch manche nicht ganz so schwere Geldleute sich niederließen, weil dort die Steuer gering war. So entzogen diese Rentnerstände den anderen Gemeinden steuerpolitisch das Blut. In den Stadtgemeinden, wo das Nationaleinkommen eigentlich durch Produktion geschaffen wurde, in den Fabriksiedlungen waren allwärts sehr hohe Zuschläge. Dort sind die Zuschläge groß, die Armenlasten hoch, kurz, die wirklichen Ausgaben für die breiten Volksschichten nehmen dort einen ganz andern Raum im Stadthaushalt ein wie in den Rentnerstädten. Diese letzteren haben dann einen sehr hohen Luxusauswand gemacht in Asphaltstraßen, schönen Parkanlagen und sonstiger Stadterweiterung. In der Friedenszeit konnte man über eine solche Verdrängung noch hinwegsehen; in der Zukunft darf dies nicht mehr sein. Wir müssen dem Volke sowieso große Opfer auferlegen. Da darf kein Pfennig mehr nebenhändlich ausgegeben werden. Bleibt die Einkommensteuer in den Händen der Gemeinden, so wie das jetzt der Fall ist, so ist gar keine Garantie gegeben, daß von ihr richtiger Gebrauch gemacht wird. Vor allem wäre auch in der Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß die vorhandenen Steuerkräfte in einzelnen Gemeinden, vorab in den Rentnerstädten, nicht genügend ausgenutzt würden. Das widerspricht jedem Gerechtigkeitsgefühl und wäre ein Lohn auf gerechte Gleichheit im demokratischen Staat. Gleiches Steuerrecht für alle, auch in der Einkommensteuer! Das müssen besonders die unteren Klassen des Volkes fordern. Das müssen aber auch fordern jene Städte, in denen das Nationaleinkommen größtenteils geschaffen wird, die Fabriksiedlungen. Sie haben hohe Zuschläge. Es spricht doch jeder Vernunft Gehör, daß in den Städten, wo das Nationaleinkommen erworben wird, hohe Einkommensteuern sind, dort, wo es verzehrt wird, aber niedrige. Und noch unvernünftiger ist es, daß die Zuschläge um so höher sind, je kinderreicher eine Stadt ist. Es wird also nach dem bisherigen System auch die Fürsorge für den Bevölkerungswachstums gewissermaßen mit einer Strafe belegt.

Dieser Wandel geschaffen werden; allenthalben. Und dazu ist berufen und befähigt das Reich. Auf einzelstaatlichen Wege wird die Umverteilung nie ganz bereinigt werden, ganz abgesehen davon, daß die Finanznot die Reichseinkommensteuer zwingend nötig macht.

Ein Ultimatum des Verbandes

Verailles, 2. September. Nach dem „Journal“ hat die juristische Kommission der Friedenskonferenz ihren Bericht über die deutsche Verfassung fertiggestellt und der Friedenskonferenz übermittle. Sie vertritt die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung gegen den Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstoßen. Der Oberste Rat der Alliierten hat entschieden, daß die deutsche Regierung innerhalb 15 Tagen die Reichsverfassung abzuändern habe.

Berlin, 3. September. Wie die „D. A. Z.“ erzählt, ist die Note des Obersten Rates der Verbündeten, die die Abänderung der Reichsverfassung innerhalb 15 Tagen verlangt, gestern abend in Berlin eingetroffen.

Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen

Köln, 2. September. Die ersten deutschen Kriegsgefangenen trafen gestern früh in Stärke von 1000 Mann in Köln-Deutz ein und wurden von einem Offizier der Abnahmekommission begrüßt. Sie stammen aus einem englischen Gefangenenlager in Calais. Ueber drei Jahre bildeten die Entlassenen zwei Arbeitskompanien von je 500 Mann. Die Gefangenen sehen sehr gut aus und sind mit guter Kleidung versehen. Weitere Gefangene und Lazarettzüge aus englischen Lagern in Nordfrankreich sollen im Laufe der nächsten Woche in Köln eintreffen.

Genf, 2. September. Eine Savoy-Depeche meldet: Die Verhandlungen über die Heimführung der französischen Kriegsgefangenen nehmen einen günstigen Fortgang, der einen baldigen Abschluß der Vorbereitungen erwarten läßt.

Rotterdam, 2. September. Daily News melden, daß die englische Arbeiterpartei am 25. August eine Aktion bei Lord George unternahm, um die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen herbeizuführen. Die Antwort Lord Georges enthält den Beschluß des Parliaments mit der weiteren Mitteilung, daß die vorbereitenden Maßnahmen zum Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen von England bereits Anfang August in Gang sind, und daß der Abtransport bis Mitte Oktober über durchgeführt sein würde.

Berlin, 2. September. Der Reichszentralrat hat sich und Zivilgefangene in dem internationalen Roten Kreuz in Genf folgendes Telegramm ausgesandt: Das internationale Komitee beschließt, zur endgültigen Heimführung der Gefangenen die besten Kräfte zu beauftragen. Dies ist der unthätigen und lastvollen Leistung der beteiligten Behörden, sowie der unermüdbaren Arbeit ihres Vertreters in Versailles zu danken. Das Komitee drückt vor allem die Wichtigkeit der Verhandlung mit den französischen Behörden auf die besondere Wichtigkeit derselben hinweisen. Wir hoffen damit auf einen glatten Verlauf der Verhandlungen und ein baldiges Wiedersehen der Gefangenen mit ihren Angehörigen.

Paris, 2. September. Der Großrat meldet, daß die beim Wiederanbau der befreiten Gebiete beschäftigten Kriegsgefangenen nicht vor dem 9. September abreisen werden.

Gegen den Versailler Vertrag

Amsterdam, 2. September. Die „Times“ melden aus Washington, daß Senator Snort in seiner in Freitag gehaltenen Rede noch erklärte, er sehe nicht ein, weshalb Amerika Deutschland einen Vertrag unterzeichnete, dessen Bedingungen von der amerikanischen diplomatischen Welt als unausführbar bezeichnet werden. Der Vertrag verleihe außerdem noch einen Wound an der seit langem bestehenden amerikanischen Nation. Er liege die Grundlage für das Jahrhundert des Unfortschritts, in das die Amerikaner hineingezogen werden würden. Der Vertrag verleihe die Vereinigten Staaten alle Abkommen über bestimmte Gebiete nicht zu unterzeichnen, die der Völkerbund anerkennt, obwohl die meisten dieser Abkommen sich auf die Unterdrückung der jüdischen Nationen stünden. Dadurch werden die Vereinigten Staaten zu ungerichteten Handlungen gezwungen werden, wie im Falle mit Deutschland. Snort sagte, Deutschland müsse den Vertrag, auf den die Vereinigten Staaten als Schadenersatz verurteilt haben, als Sirett erlösen. Er fügte hinzu, er habe keinerlei Zusammenhänge für Deutschland und wünsche auch nicht, daß es ohne gerechte Entschädigung, er sehe jedoch nicht ein, welchen Zweck es habe, undurchführbare Bedingungen anzunehmen. Die „Times“ melden, daß die Rede des Senators Snort großes Aufsehen erregt habe und daß Präsident Wilson die von Snort darlegten Beweisgründe widerlegen müsse.

Luano, 2. September. Nach italienischen Blättermeldungen sind 44 amerikanische Senatoren gegen und 40 für die Ratifikation des Friedens durch Amerika.

Rotterdam, 2. September. Die Rede von Snort scheint das Signal zu einer Attacke auf den ganzen Linie gegen den Friedensvertrag und somit gegen Wilson geben zu wollen. In Washington erschienen gestern frühe Vertreter vor der Senatskommission. Sie vertraten die Ansicht von Millionen irischer Amerikaner. Der Führer ist der bekannte Richter Cobalan vom obersten Gerichtshof in New York. Er sagte, er sehe in diesem Völkerbund keinen Fund des Friedens, sondern nur den Zerwürfnis gegen das englisch-amerikanische Abkommen. Ein anderer Redner sagte, Gott wolle dem amerikanischen Volke, wenn es jemals zu Meinungsverschiedenheiten über den Artikel 10 des Völkerbundes kommen sollte, denn eine solche Meinungsverschiedenheit würde durch die irische Frage bestimmt sehr bald herbeigeführt werden. Wenn der Senat diesen Vertrag nicht zum Senats hinauswerfe, komme es sehr bald zu einem Kriege.

Der Putsch in der Pfalz

General Savoll, der Führer einer französischen Schar, dem auch die 8. pfälzische Besatzungsarmee untersteht, erklärte dem stellvertretenden pfälzischen Regierungspräsidenten von Ningenberg in Kaiserslautern, daß die pfälzischen Vorgänge eine rein deutsche Ange-

001, Seite 4
zu einem
ber ungenü-
länder und
den guten
fangbar, zu
auch um so
te vor den
eder häng-
tliche Güte
vor Jahren
gar nicht
Sinne, daß
wie den
te zu einer
n wir auch
ungen das
teller der
daß dies in
nicht ge-
hörigen der
rganist die
wird auch
finden der
er anderen
ntschlichen
n wir uns
höher Gott,
en gerade
ist, daß
daß viel-
Wir sind
mpetenter
erlauben
rarrer und
Gemeinde-
Melodie
Dann
Reiteranz-
Doch da-
te untern
schen und
ez legen,
es später
wird sich
tologischen
abgegeben
zeit gewiß
Wer be-
schaffen
egt wer-
Gottes-
angefang-
ist das
es zum
ten
ere Mi-
tember,
Sinn
ein em-
Rath-
menbung
s einzel-
Bietrig
Dred
Dresden
Sept.
Uhr
thaus-
ung.
arbeiten
entag.
neigung
in G-
stand.
ober
he.
weg 5
stand.